

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Kultur ist Stoff der Bildung, Bildung ist Voraussetzung für Kultur."

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Das Bildungswesen steht vor grossen Herausforderungen: Mehr Menschen wollen, können und müssen in längeren und anspruchsvolleren Ausbildungen Qualifikationen für den globalisierten Arbeitsmarkt erwerben. Mehr Menschen haben aber auch Mühe, diesen höher werdenden Anforderungen zu genügen und benötigen wirkungsvolle Unterstützung, so dass sie den für die soziale und wirtschaftliche Integration unentbehrlichen Abschluss einer Ausbildung der Sekundarstufe II tatsächlich erreichen.

Die Reformen im schweizerischen Bildungswesen sind eine Antwort auf diese Herausforderungen: Für die Sekundarstufe II wurde das Maturitäts-Anerkennungsreglement bereits vor zehn Jahren gesamthaft revidiert, das Berufsbildungsgesetz trat auf 2004 in Kraft und bringt mit der Attestausbildung und der grösseren Durchlässigkeit wesentliche neue Elemente. Zu nennen ist zudem der Aufbau der Fachhochschulen und die Umsetzung der Erklärung von Bologna mit der Einrichtung von Bachelor- und Masterstudiengängen an den Hochschulen. Die schweizerische Bildungspolitik nimmt nun als Schwerpunkt für die Weiterentwicklung und Harmonisierung Kindergarten und Volksschule auf. Sie sind das Fundament des Bildungswesens. Der Entwurf einer neuen schweizerischen Bildungsverfassung geht in die Beratungen und wird mit der Inkraftsetzung den Druck auf die Kantone erhöhen, die Volksschule interkantonal auch tatsächlich zu harmonisieren.

Die Volksschule muss indessen nicht nur harmonisiert, sondern gleichzeitig auch verbessert werden, damit schwächere und stärkere Schülerinnen und Schüler bessere Lernergebnisse erreichen. Die Kompetenzen müssen vermehrt auch im Sinne einer Wirkungskontrolle gemessen und öffentlich dargestellt werden. Die Öffentlichkeit stellt nicht nur Mittel für das Bildungswesen zur Verfügung, sie möchte auch vermehrt wissen, welche Ergebnisse mit diesen Mitteln erzielt werden oder erzielt werden könnten. Orientierungsarbeiten und Vergleichsarbeiten werden eine grössere Bedeutung erhalten. Im Jahre 2006 wird der Kanton Basel-Landschaft auch an PISA teilnehmen und die Kompetenzen der 15jährigen Schülerinnen und Schüler im schweizerischen und internationalen Vergleich messen und auswerten.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Strategische Zielsetzungen Weiterentwicklung und Harmonisierung der Volksschule Der Entwurf der neuen Bildungsverfassung sowie die laufenden Arbeiten der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) werden Fragen zur weiteren Entwicklung und Harmonisierung der Volksschule in der Schweiz und im Kanton Basel-Landschaft aufwerfen. Während die inhaltliche Harmonisierung der Volksschule mit Bildungsstandards im 2., 6. und 9. Schuljahr sowie einem ergänzend initiierten Lehrplanprojekt für alle deutschschweizerischen Kantone mit verhältnismässig wenig Aufwand Ergebnisse bringen wird, ist die Angleichung von Schulstrukturen mit einem immensen Aufwand verbunden. Zusammen mit den Nachbarkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn soll nun vertieft die Frage der gemeinsamen Weiterentwicklung und Harmonisierung der Volksschule angegangen werden. Die grössten Unterschiede in den Schulstrukturen der Schweiz sind in diesen vier Kantonen zu finden. Wegen des Aufwandes sollen aber nur Strukturveränderungen in Angriff genommen werden, die zu besseren Lernbedingungen führen oder Mobilitätshindernisse beseitigen. Unabhängig von den Strukturveränderungen werden kontinuierlich Mittel für die Weiterentwicklung des Unterrichtes zur Verbesserung der Lernergebnisse sowohl für die schwächeren als auch für die stärkeren Schülerinnen und Schüler investiert. Eine wichtige Rolle spielt das Projekt "Bildungsmonitoring Schweiz" der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) gemäss Beschlüssen vom 28. Oktober 2004. "Bildungsmonitoring" ist gemäss Projektplan „die systematische und auf Dauer angelegte Beschaffung und Aufbereitung von Informationen über ein Bildungssystem und dessen Umfeld. Es dient als Grundlage für die Bildungsplanung und für bildungspolitische Entscheide, für die Rechenschaftslegung und für die öffentliche Diskussion.“ Der Bildungsbericht "Bildungsmonitoring Schweiz" wird alle vier Jahre veröffentlicht werden, erstmals im Jahr 2006. Masterplan Bildung Der Masterplan Bildung soll einen Beitrag zur Verbesserung der Kosten- und Wirkungstransparenz im Bildungswesen mit optimierten Planungs- und Steuerungsinstrumenten leisten. Übergeordnetes Ziel ist der effiziente und effektive Einsatz der knappen öffentlichen Mittel, die Entwicklungsfähigkeit des Bildungswesens und die Förderung des Vertrauens zwischen Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit. Der Masterplan Bildung soll zu einem Instrument der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ausgebaut werden, das im Planungszeitraum von zehn Jahren die bedeutsamsten Herausforderungen aufgreift und mit Projektskizzen zu strategischen Optionen verdichtet. Ziel ist eine Priorisierung und Fokussierung der Projekte und die Sicherstellung ihrer Finanzierbarkeit. Eine solche Priorisierung soll einerseits fortlaufend, dann aber im Hinblick auf den Bildungsbericht 2007 des Regierungsrates an den Landrat gemäss § 89 des Bildungsgesetzes sowie des Regierungsprogramms 2008 - 2011 erfolgen. Wichtige Entwicklungen des Bildungswesens sind langfristig anzugehen.	↓ Amtsbericht 2006 Die EDK hat das Projekt zur Entwicklung von "Bildungsstandards" lanciert. Im November 2006 hat der Regierungsrat aufgrund einer breit angelegten Konsultation Stellung zum Entwurf eines Konkordates zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) bezogen. Der "Bildungsbericht Schweiz" ist Ende 2006 veröffentlicht worden und wird als Grundlage für den Bildungsbericht 2007 des Regierungsrates an den Landrat genutzt. Der Regierungsrat nahm eine erste Fassung des Masterplans Bildung zur Kenntnis. Er umfasst Skizzen mit Folgeabschätzungen zu allen wichtigen möglichen Vorhaben im Bildungswesen einschliesslich Kostenschätzungen. Aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates und den möglichen Grossprojekten (insbesondere die Verlängerung der Primarschule und die Neugliederung der Schuleingangsstufe) wurde der Auftrag zur Aktualisierung des Masterplans Bildung unter Einbezug der HarmoS-Stellungnahme gegeben.
-----------------	--	---

Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept Die Bildungsdirektionen der Kantone BE, BL, BS, FR, SO und VS sind übereingekommen, eine Vorverlegung des Französischunterrichtes auf das dritte Schuljahr und den Beginn von Englisch ab dem 6. Schuljahr zu prüfen und gegebenenfalls diese Sprachenstaffelung in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der EDK umzusetzen. Der Bildungsrat hat die Bildungsdirektion aufgefordert, für die Volksschule zwei Optionen zu prüfen, eine mit Frühfranzösisch und eine mit Frühenglisch. Das Gesamtsprachenkonzept für den Kanton Basel-Landschaft soll geklärt und das weitere Vorgehen vom Landrat beschlossen werden. Total: Fr. 100'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 50'000.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Regierungsrat hat die Vorlage zur Genehmigung des Konzeptes für den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule zuhanden des Landrates verabschiedet (Landratsvorlage 2006 / 261).
Nr. 6.01.06	Integration Die Integrationspolitik im Kanton Basel-Landschaft wird auch im Jahr 2006 konsequent ressourcen- und ausbildungsorientiert weiter entwickelt. Das Ziel bleibt, eine qualitativ gute und niederschwellig zugängliche Sprachförderung für Zielgruppen zu fördern, die durch die bestehenden Angebote nur ungenügend erreicht werden. Interkulturelle Pädagogik Die Integration der Schülerinnen und Schüler, die nicht Deutsch als Erstsprache sprechen, wird mit gezielten, spezifischen Massnahmen gefördert. Das Amt für Volksschulen initiiert und begleitet Projekte und Massnahmen im Bereich der Kurse HSK (Heimatliche Sprache und Kultur) und der Fördermassnahme Deutsch als Zweitsprache, um so den Schulerfolg und die Integration der Kinder der Migrationsbevölkerung zu ermöglichen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.046 Mio. 0.01 Mio.	Die Zusammenarbeit mit den Vertretungen für Heimatkundliche Sprache und Kultur wurde institutionalisiert und ein entsprechender Leistungsauftrag mit dem HEKS abgeschlossen. Die Kurse Deutsch als Zweitsprache bewähren sich.
Nr. 6.01.08	Begleitung des Berufseinstiegs Die Begleitung des Berufseinstiegs unterstützt die berufliche Identifikation und Integration der Lehrperson und trägt zur Vertiefung der Professionalität bei.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Das Amt für Volksschulen lädt die neuen Lehrpersonen zu insgesamt vier Veranstaltungen ein. Die Themen dieser Veranstaltungen orientieren sich an der Zielsetzung der Berufseinführung: Information, Reflexion, Kooperation und Professionalität. Zusätzlich werden die Lehrpersonen in den einzelnen Schulen durch die Schulleitung betreut.

Nr. 6.01.09	Masterplan Bildung Der Masterplan Bildung beinhaltet zwei Bereiche: Erstens ist er ein fortzuschreibendes Planungsinstrument für die gewichtigsten Vorhaben für einen Zeitraum von zehn Jahren, um die Umsetzbarkeit und die Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Insofern gibt es eine Schnittstelle zum Projekt Generelle Aufgabenprüfung (GAP). Zum anderen geht es materiell um den Aufbau besserer Steuerungsinstrumente für die Schulen selbst und die Bildungsverwaltung. Total: Fr. 440'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 50'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Masterplan Bildung wurde als Planungsinstrument der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion entworfen.
Nr. 6.01.10	Bildungsbericht 2007 Der Bildungsbericht 2007 an den Landrat wird sich erstens auf die politischen Vorgaben des Bildungsgesetzes, zweitens auf die Ergebnisse der externen Evaluationen der einzelnen Schulen und drittens auf den Schweizerischen Bildungsbericht 2006 "Bildungsmonitoring Schweiz" von Bund und Kantonen abstützen und zu beziehen haben. Im Rahmen des Bildungsberichts 2006 werden Daten und Informationen aus Statistik, Forschung und Verwaltung gesammelt, aufgearbeitet, sinnvoll dargestellt und miteinander in Beziehung gesetzt. Total: Fr. 200'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 100'000.- Budget 2007: Fr. 100'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Der "Bildungsbericht Schweiz" wurde Ende 2006 veröffentlicht.
Nr. 6.02	Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 6.02.02	Einzelne Massnahme PISA 2006 Im Jahr 2006 wird der dritte Zyklus von PISA durchgeführt, im Zentrum der Studie stehen die naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit. Neben der Beteiligung an der nationalen Stichprobe wird der Kanton Basel-Landschaft das erste Mal mit einer kantonalen Erhebung teilnehmen. Total: Fr. 216'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 22'000.- Budget 2006: Fr. 117'000.- Budget 2007: Fr. 33'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.117 Mio.	Die Leistungsmessungen zu PISA 2006 sind im Kanton Basel-Landschaft wie geplant im Mai 2006 durchgeführt worden. Erste nationale Ergebnisse werden Ende 2007 veröffentlicht. Die Auswertung der kantonalen Stichprobe dauert bis 2008.
Nr. 6.02.06	Projekt "Förderung von Jugendlichen mit unterschiedlicher visuell-räumlicher Begabung" Zusammen mit der Fachschaft der Sekundarschule Liestal werden Lernumgebungen zur Förderung der visuell-räumlichen Begabung entwickelt und dokumentiert. Die strukturierten Aufgabenreihen berücksichtigen die Lehrplanziele und sind so gestaltet, dass sie für schwächere sowie für überdurchschnittlich begabte Jugendliche Forderungen bereithalten und die Schülerinnen und Schüler auf eigenen Wegen verschiedene gestalterische Lösungen erproben und erarbeiten können. Total: Fr. 90'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 60'000.- Budget 2006: Fr. 30'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.03 Mio.	Das Projekt konnte Ende 2006 abgeschlossen werden. Über die entstandenen Lernumgebungen haben die Basellandschaftlichen Schulnachrichten in der ersten Ausgabe von 2007 berichtet.
Nr. 6.02.07	Projektierung Pensenpool-Regelung Spezielle Förderung In den Jahren 2004 und 2005 hat die BKSD die Grundlagenarbeiten für die Einführung einer neuen Regelung im Bereich der Speziellen Förderung ausgeführt. Die Ergebnisse der Grundlagenarbeiten sollen mit den Schulbeteiligten gesichtet und bewertet und gegebenenfalls die Umsetzung der Pensenpoolregelung projektiert werden. Total: Fr. 105'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 25'000.- Budget 2006: Fr. 30'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.03 Mio.	Der Bildungsrat hat 2006 von den Arbeiten zum Pensenpool Kenntnis genommen und beschlossen, dass das Projekt weiter verfolgt werden soll. Aufgrund der Rückmeldungen der Vorstände des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG), verschiedener Konferenzen sowie der Lehrerorganisationen wird die BKSD zusammen mit dem Bildungsrat das weitere Vorgehen festlegen.

Nr. 6.02.08	Spezielle Förderung Vorschulheilpädagogik und Förderunterricht Umsetzung der Handreichungen für die Vorschulheilpädagogik in den einzelnen Gemeinden und Entwicklung eines Fortbildungskonzeptes. Entwicklung einer multifunktionalen Fortbildung für Förderlehrpersonen und damit Schaffung von Grundlagen für einen flexiblen Personaleinsatz in diesem Bereich.		Die Handreichungen für die Vorschulheilpädagogik liegen vor. Die Arbeiten zum Fortbildungskonzept für die Förderlehrpersonen konnten gegen Ende 2006 abgeschlossen werden. Die Einrichtung des neuen Fortbildungsangebotes soll im 2007 geprüft bzw. vorbereitet werden.
Nr. 6.02.12	Projekt HarmoS Das Projekt zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) soll die Ziele der Volksschule landesweit und verbindlich festlegen. Das Vorhaben ist auf die Jahre 2003 - 2007 angelegt und soll die Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschulbildung einen massgeblichen Beitrag leisten. Im Zusammenhang mit dem Projekt HarmoS hat die Nordwestschweizerische EDK die Entwicklung eines Kompetenzmodells im musikalischen Bildungsbereich der Volksschule in Auftrag gegeben. Total: Fr. 200'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 75'000.- Budget 2006: Fr. 50'000.- Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 25'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Der Regierungsrat führte eine breite Konsultation über den Entwurf des HarmoS-Konkordates durch und gab seine Stellungnahme ab. Die EDK hat in Aussicht genommen, das HarmoS-Konkordat Ende 2007 zuhanden der Kantone für die Ratifizierung zu verabschieden. Mit der Annahme der Verfassungsbestimmungen zur Bildung am 21. Mai 2006 hat der Druck in Richtung Harmonisierung der Schulstrukturen zugenommen.

Nr. 6.02.13	Deutschweizerischer Lehrplan In Abstimmung und Ergänzung zu den schweizerischen Bildungsstandards gemäss HarmoS soll ein deutschschweizerischer Lehrplan für die Volksschule entstehen. Während HarmoS in ausgewählten Fachbereichen Klarheit in Bezug auf die durch alle Schülerinnen und Schüler zu erreichenden Leistungen schaffen soll, soll der Deutschschweizer Lehrplan die Unterrichtsziele und -inhalte in ihrer Gesamtheit aufnehmen. Im 7. bis 9. Schuljahr soll der Lehrplan gemäss vorliegender Projektskizze in den Fremdsprachen und in Mathematik in Grundanforderungen für alle Schülerinnen und Schüler und in erweiterte Anforderungen für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler gegliedert werden. Der Lehrplan würde durch die Trägerkonferenz der deutschschweizerischen Kantone bis zum Jahr 2010 erarbeitet und zur Inkraftsetzung durch die zuständigen kantonalen Behörden empfohlen. Anpassungen an die kantonalen Besonderheiten sind möglich. Nach Anhörung des Bildungsrates wird der Regierungsrat noch im Jahr 2005 eine Stellungnahme zur Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an diesem Lehrplanprojekt abgeben. Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 10'000.- Budget 2007: Fr. 30'000.- Budget 2008: Fr. 30'000.- Budget 2009: Fr. 30'000.- Budget 2010: Fr. 30'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.01 Mio.	Die Schweizer Projektorganisation ist aufgebaut. Der Kanton Basel-Landschaft arbeitet in der Projektgruppe mit.
-------------	---	--	--

Nr. 6.02.14	Basisstufe / Grundstufe Die Regionalkonferenz der Ostschweizer Bildungsdirektionen (EDK-Ost) koordiniert die laufenden Schulversuche mit der Basis- und der Grundstufe. Der Kanton Basel-Landschaft führt keine eigenen Schulversuche durch, er ist aber in der Projektkommission und weiteren Gremien vertreten. Das EDK-Ost-Projekt soll die Grundlagen dafür bereitstellen, um in den Kantonen im Jahr 2009 oder 2010 über die landesweite Einführung der Basis- oder der Grundstufe politisch entscheiden zu können. Total: Fr. 75'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 25'000.- Budget 2006: Fr. 25'000.- Budget 2007: Fr. 25'000.- Budget 2008: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.025 Mio.	Der Kanton Basel-Landschaft ist im Beobachterstatus in der Projektkommission "Erziehung und Bildung in Kindergarten und Unterstufe im Rahmen der EDK-Ost" vertreten. Auf eigene Schulversuche wurde verzichtet.
Nr. 6.02.15	Projekt Standardsprache am Kindergarten In den Schuljahren 2005 / 2006 - 2008 / 2009 werden drei verschiedene Modelle für den Unterricht in der Standardsprache im Kindergarten erprobt. Beim Modell I wird ausschliesslich in Hochdeutsch unterrichtet. Beim Modell II erfolgt der Unterricht nur in Deutsch, als Zweitsprache auf Hochdeutsch, der Regelunterricht hingegen in Mundart. Beim Modell III werden alle geführten Sequenzen in Hochdeutsch unterrichtet und im Übrigen in der Mundart kommuniziert. Die HPSA-BB begleitet das Projekt, das in den Quartieren Fraumatt und Weiermatt der Stadt Liestal durchgeführt wird. Ziel ist es, abzuklären, mit welchen Gebrauchsweisen der Standardsprache am Kindergarten der Schulerfolg fremdsprachiger Kinder in den ersten beiden Primarschuljahren unterstützt und verbessert werden kann. Total: Fr. 80'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 20'000.- Budget 2006: Fr. 20'000.- Budget 2007: Fr. 20'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.02 Mio.	Im ersten Jahr wurden die Eltern über das Projekt informiert, die Kindergartenlehrpersonen weitergebildet und Sprachdatenerhebungen bei den Kindern im September 2005 sowie im Mai 2006 durchgeführt. Erste Ergebnisse über die Sprachentwicklung der Kinder in den drei verschiedenen Modellen werden 2007 vorliegen.

Nr. 6.02.16	Projekt "Lernumgebungen für sprachlich schwache bis hochbegabte Schülerinnen und Schüler " Als Folgeprojekt zum Mathematikunterricht startet im Jahr 2006 ein dreijähriges Entwicklungsprojekt in der Unterrichtssprache an der Primarschule Lupsingen. Für die Teilbereiche Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen sollen Lernumgebungen entwickelt werden, die für alle Schülerinnen und Schüler reichhaltige Aufgabenstellungen bereithalten. Die Ergebnisse des Projekts sollen in eine Publikation münden und im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung weitergegeben werden. Total: Fr. 105'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 35'000.- Budget 2007: Fr. 35'000.- Budget 2008: Fr. 35'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.035 Mio.	Der Start des Projektes hat sich auf Beginn des Schuljahres 2006 / 2007 verzögert. Die Entwicklung des sprachdidaktischen Konzeptes für das Projekt hat mehr Zeit, als ursprünglich vorgesehen, in Anspruch genommen. Ein erster Zwischenbericht über den Verlauf des Vorhabens wird auf Ende Schuljahr 2006 / 2007 erwartet.
Nr. 6.02.17	Instrumente zur Qualitätssicherung und -optimierung Zuhanden der Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klassen, ihrer Lehrpersonen und auch ihrer Erziehungsberechtigten sollen zur Unterstützung des Berufswahlvorbereitungs- und Laufbahnberatungsprozesses folgende Instrumente zur Verfügung gestellt werden: Eine Berufswahlagenda und der Online-Zugang zur Software "Stellwerk", mit welcher Kompetenzprofile in Kernfächern erstellt werden können. Die Ergebnisse des Prozesses werden mittels einer Befragung der Schulabgängerinnen und -abgänger erhoben.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.14 Mio.	Die neu erstellte Berufswahlagenda konnte den Zielgruppen abgegeben werden. Der Online-Zugang zur Software "Stellwerk" bedarf eines Verpflichtungskredites durch den Landrat.
Nr. 6.02.18	Orientierungsarbeiten (OA) Die Orientierungsarbeiten dienen der Leistungsbeurteilung und der Standortbestimmung des Schülers oder der Schülerin, der Überprüfung des Unterrichts sowie der kantonalen Überprüfung der erreichten Lernergebnisse gemäss den Stufenlehrplänen. Erstmals findet die Durchführung der OA in den 5. Klassen der Primarschule und in den 4. Klassen aller drei Niveaus der Sekundarschule statt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.09 Mio.	Die Orientierungsarbeiten sind in den 5. Klassen der Primarschule bereits institutionalisiert und werden jährlich in Deutsch und Mathematik durchgeführt. In allen Niveaus der 4. Klassen der Sekundarschule fanden im 2006 Orientierungsarbeiten in den Fächern Mathematik und Französisch statt. In beiden Fächern wurden die Arbeiten in Zusammenarbeit mit der Weiterbildungsschule Basel-Stadt erarbeitet und durchgeführt.
Nr. 6.02.19	Werkjahr Das Konzept zur Einführung des 2-jährigen Werkjahres wird erarbeitet und dessen Umsetzung auch mit der Schulraumplanung koordiniert. Eine mögliche Landratsvorlage sollte bis im Dezember 2006 dem Regierungsrat zur Verfügung stehen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.01 Mio.	Der definitive Entscheid zur Schulraumplanung Sekundarstufe I konnte noch nicht getroffen werden, womit auch die Einführung des zweijährigen Werkjahres verschoben werden muss.

Nr. 6.02.20	Geschlechtergerechte Pädagogik Bei der Umsetzung einer geschlechtergerechten Pädagogik und der Förderung der Gleichstellung werden die Schulen vom Amt für Volksschulen (AVS) mit spezifischen Angeboten unterstützt. Einerseits wird Genderwissen in der Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen vermittelt und andererseits werden für die Kollegien und die einzelnen Lehrpersonen mindestens zwei Weiterbildungsveranstaltungen angeboten. Die Etablierung von Genderbeauftragten in den Schulen wird vom AVS mittels zweier Veranstaltungen initiiert und die Schulen werden begleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.02 Mio.	Bei der Umsetzung einer geschlechtergerechten Pädagogik und der Förderung der Gleichstellung werden die Schulen vom Amt für Volksschulen mit spezifischen Angeboten unterstützt. Einerseits wird Genderwissen in den Aus- und Weiterbildungen der Schulleitungen und Schulräte vermittelt, andererseits werden vor allem für die Kollegien Weiterbildungsangebote bereitgestellt. Das AVS beteiligt sich mit zwei Schulen am Transferprojekt "Gleichstellungs-Controlling" des Kantons.
Nr. 6.02.21	Angebot "TimeOut" Das Angebot "TimeOut" verhilft Jugendlichen, die disziplinarisch auffällig und im Klassenverband schwer tragbar sind, sich aufzufangen, um dadurch einen Ausschluss aus der Schule zu verhindern. Die Jugendlichen werden in Absprache mit allen Beteiligten vom Schulunterricht befreit und müssen für eine bestimmte Zeit (in der Regel zwei bis vier Wochen) in einem geeigneten Gewerbebetrieb oder einer Institution der öffentlichen Verwaltung eine unbezahlte Arbeitsleistung erbringen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.06 Mio.	Die Umsetzung des Konzeptes "TimeOut" in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt bewährt sich.
Nr. 6.02.22	Weiterbildung und Podium Musikschulen Neben den durch die Fachstelle Musikschulen durchgeführten Weiterbildungsworkshops und der Unterstützung von Projekten der Musikschulen werden im Rahmen des Impulsprogramms innovative Projekte in der Musikerziehung gefördert und am Konzert-Podium aussergewöhnliche Leistungen der Öffentlichkeit vorgestellt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.08 Mio.	Die geplanten Aktivitäten konnten zugunsten der Musikschulen umgesetzt werden.
Nr. 6.03	Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II		↓Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Externe Evaluation Die externe Evaluation der einzelnen Schulen ist Teil des Konzeptes der Qualitätssicherung, wie sie mit dem Bildungsgesetz eingeführt wird. Das Amt für Volksschulen hat ein entsprechendes Konzept vorbereitet und ist an der Umsetzung. Für die Berufsfachschulen und die Gymnasien sind zwei externe Evaluationen pro Jahr vorgesehen, der Regierungsrat hält trotz Budgetkürzungen daran fest und möchte zum Ausgleich im Jahre 2006 drei externe Evaluationen durchführen und gleichzeitig eine Standortbestimmung über den Nutzen durchführen.	Die Ergebnisse der Umsetzung des Konzeptes der externen Evaluation in den Volksschulen stossen bei den beteiligten Schulen auf positives Echo, und die Schulräte haben die Möglichkeit, zusammen mit der Schule die Empfehlungen im Sinne der Qualitätssicherung umzusetzen. Es wurden im Kalenderjahr 2006 sechs Kindergärten / Primarschulen und sieben Sekundarschulen evaluiert.	

Nr. 6.03.02	Einzelne Massnahme Externe Evaluation Sekundarstufe II Gemeinsam mit sieben anderen Kantonen der erweiterten Nordwestschweiz ist an der Universität Zürich eine Fachstelle für die externe Evaluation der Schulen der Sekundarstufe II eingerichtet worden, die nun einen entsprechenden Leistungsauftrag für drei Schulen im Jahr 2006 erhalten soll. Total: Fr. 440'000.- (Konto 2503) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- (Bedarf Fr. 120'000.-) Budget 2006: Fr. 200'000.- Budget 2007: Fr. 120'000.- Budget 2008: Fr. 120'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Ein Konzept für die externen Evaluationen der Schulen der Sekundarstufe II in den Jahren 2006 bis 2010 gemäss § 85 Buchstabe e des Bildungsgesetzes ist erarbeitet und auf Antrag des Bildungsrates von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erlassen worden. Der Bildungsrat beantragte die Durchführung der externen Evaluationen für Schulen der Sekundarstufe II mit den thematischen Schwerpunkten "Qualitätsmanagement" und "Lernarrangements für selbstständiges, gemeinsames und lebenslanges Lernen und Umgang mit Heterogenität" sowie mit einem frei durch die Schulen wählbaren weiteren thematischen Schwerpunkt im Zyklus 2006 bis 2010.
Nr. 6.03.04	Sekundarstufe II - Stärkung der dualen Berufslehre Im Vergleich zu anderen Kantonen der deutschsprachigen Schweiz hat der Kanton Basel-Landschaft - insbesondere auch wegen des hochwertigen Angebotes der Handelsmittelschule und der Fachmittelschule - einen relativ hohen und in den letzten Jahren stark gewachsenen Anteil an Vollzeitschülerinnen und -schülern. Die Möglichkeiten zur Stärkung der dualen Berufslehre sollen geprüft werden, weil dieses Ausbildungsangebot für die soziale und wirtschaftliche Integration möglichst aller jungen Menschen von grösster Bedeutung ist. Es muss eruiert werden, inwiefern ein Handlungsbedarf für die Ausbildungsangebote der Sekundarstufe II in ihrer Gesamtheit besteht. Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2006: Fr. 40'000.- Budget 2007: Fr. 40'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Durch die Schaffung einer Passerelle von der Berufsmaturität zur Universität wurde die Attraktivität der Berufsmatur erhöht.
Nr. 6.03.05	Umsetzung der kleinen MAR-Reform Die Teilrevision der Basellandschaftlichen Maturitätsregelung bringt eine Vereinfachung der bisher etwas unübersichtlichen Promotionsregelungen und reduziert die Prüfungsfächer auf die vom Bund geforderten fünf zu prüfenden Fächer.		Eine kleine Revision der kantonalen Verordnung wurde 2005 verabschiedet und tritt 2007 in Kraft.
Nr. 6.03.06	Orientierungsarbeit 11. Schuljahr Erstmals wird eine Orientierungsarbeit an der Maturitätsabteilung durchgeführt, in welcher das auf dieser Stufe erworbene Wissen in vergleichbarer Weise geprüft wird. Prüfungsfächer sind Mathematik und Englisch.		Diese Orientierungsarbeit wurde 2006 erstmals durchgeführt. Sie wird von jetzt an jährlich in anderen Fächern durchgeführt.

Nr. 6.03.07	Ausgestaltung der Fachmaturität, insbesondere der FM Pädagogik Mitte 2007 werden die ersten Schülerinnen und Schüler den Fachmittelschulausweis erwerben. Für die Schülerinnen und Schüler des Berufsfelds Pädagogik soll eine sinnvolle Zusatzqualifikation zum Erwerb der Fachmaturität ausgestaltet werden, welche den an der FMS erworbenen spezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten gebührend Rechnung trägt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.015 Mio.	Die Ausgestaltung der Fachmaturität, insbesondere Pädagogik, ist in Bearbeitung. Das Angebot wird auf Mitte 2007 realisiert.
Nr. 6.04	Sonderschulung		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Integrative Schulung von Kindern mit Behinderungen Angestrebt wird eine Volksschule für alle. Die integrative Schulung von Kindern mit Behinderungen in der Regelschule wird gemäss Sonderschulkonzept und Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) stark gefördert.		
Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Das bestehende Sonderschulkonzept wird überarbeitet und ein neues Konzept gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt gemäss der Auflage in den Übergangsbestimmungen zur NFA in der Bundesverfassung erstellt. Die Bildungsgesetzgebung zur Sonderschulung wird überprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Externe Projektkosten ca. 0.02 Mio.	Als erstes Ergebnis der Arbeit am gemeinsamen Sonderschulkonzept Basel-Stadt und Basel-Landschaft liegt ein Bericht mit einer Bestandesaufnahme und einer Einschätzung vor (www.nfa-bs-bl.ch). Auf den Frühsommer 2007 soll ein erster Berichtsentwurf vorliegen mit Vorschlägen für die Übergangszeit. Darauf gestützt wird die Sonderschulverordnung angepasst.
Nr. 6.04.02	Integrationsklassen Das Projekt „Integrationsklassen“ wird ausgewertet und weitere Integrationsklassen in Klassen der Regelschule werden geplant.		Ein Konzept für die Integrationsklassen wurde zwischen dem Amt für Volksschulen, der Fachstelle für Sonderschulung, der Jugend- und Behindertenhilfe und der Heilpädagogischen Schule Baselland vereinbart. Im Schuljahr 2006 / 2007 bestehen vier Integrationsklassen.
Nr. 6.04.03	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) im Sonderschulbereich wird umgesetzt.		Die notwendigen Änderungen in den Leistungsvereinbarungen mit Sonderschulen wurden vorgenommen. Mit der NFA, voraussichtlich auf den 1. 1. 2008, wird die Anwendung der IVSE erweitert werden.
Nr. 6.05	Jugendhilfe		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 6.05.01	Einzelne Massnahme Pflegekinderrecht Die Änderungen im Pflegekinderrecht mit der Gewährung von Beiträgen an Unterbringungen in Pflegefamilien und der Neuregelung der Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen gemäss Landratsvorlage werden realisiert. Instrumente der Angebotsüberprüfung und Bedarfsplanung werden gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt und in Koordination mit den neuen Gremien der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) in der Nordwestschweiz entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.01 Mio.	Die Gesetzesänderung zur Förderung des Pflegekinderwesens wurde vom Landrat beschlossen. Die neue Regelung ist auf den 1. Januar 2007 in Kraft getreten.
Nr. 6.05.02	Bedarfsplanung stationäre Jugendhilfe Instrumente der Angebotsüberprüfung und Bedarfsplanung werden gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt und in Koordination mit den neuen Gremien der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) in der Nordwestschweiz entwickelt.		Ein neues Instrument für die Bedarfsplanung BL / BS liegt noch nicht vor. Die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene wurde im Rahmen der IVSE-Organen verstärkt.
Nr. 6.06	Behindertenhilfe		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe Die Planung der Kantonalisierung der Behindertenhilfe nach Inkrafttreten der NFA wird gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt an die Hand genommen. Darunter fällt insbesondere die Erstellung eines gemeinsamen Konzeptes für die Behindertenhilfe, das durch den Bundesrat genehmigt werden muss, gemäss Übergangsbestimmungen NFA in der Bundesverfassung und den Vorgaben in der Anschlussgesetzgebung (IFEG). Das Konzept soll auf den 1. Januar 2008, dem mutmasslichen Inkrafttreten der NFA, vorliegen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: ca. 0.02 Mio.	Im Rahmen des Teilprojektes Behindertenhilfe Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurde ein erster Bericht erarbeitet. Der Bericht enthält Grundlagen mit statistischem Datum und die Beschreibung der gegenwärtigen Situation in den Lebensbereichen "Wohnen" und "Arbeit". Darauf aufbauend nennt der Bericht die Handlungen, mit welchen beide Kantone die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung sichern wollen. Ein Ausblick am Ende des Berichtes zeigt erste Ideen über Entwicklungsleitlinien der Behindertenhilfe in kantonaler Verantwortung (www.nfa-bs-bl.ch). Als erster Umsetzungsschritt für die Übergangsphase nach Inkrafttreten der NFA wurde die Einführung von Leistungsvereinbarungen in der Behindertenhilfe gemeinsam mit den Wohnheimen, Werkstätten und Tagesstätten im Dezember 2006 in Angriff genommen.

Nr. 6.06.03	Verbundsystem Nach der Auswertung der ersten Erfahrungen mit dem "Verbundsystem für Menschen mit geistiger und / oder mehrfacher Behinderung" werden gleichartige Projekte für Menschen mit körperlichen oder psychischen Behinderungen geprüft. Zusätzliche Wohnplätze in neuen Wohngruppen in den Verbundsystemen werden geschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Projektierungskosten ca. 0.05 Mio.	Es konnte noch kein neuer Verbund abgeschlossen werden. Innerhalb bestehender Organisationen sind neue Wohnplätze entstanden.
Nr. 6.06.04	Laubiberg Die räumliche Situation des Wohnheimes Laubiberg soll verbessert werden.		Die private Trägerschaft des "Laubiberg" klärt mit der Vermieterin des Gebäudes (Kanton, Hochbauamt) Möglichkeiten ab. Bis Ende 2006 wurde kein Umbauprojekt eingereicht.
Nr. 6.06.05	Wohnprojekt APH Ein Wohnprojekt für jüngere Menschen mit Behinderungen in Alters- und Pflegeheimen (APH) soll mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden realisiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Projektbegleitung ca. 0.05 Mio.	Das Projekt wurde vom Bundesamt für Sozialversicherung genehmigt. Der Umbau beginnt Anfang 2007. Der Bezug ist auf Herbst 2007 geplant
Nr. 6.06.06	Förderstätte Der Neubau einer Förderstätte (Tagesheim) für erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung durch insieme Baselland wird geschaffen; Landratsvorlage zur Errichtung einer Bürgschaft des Kantons für die Finanzierung des Neubaus.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Projektleitung ca. 0.04 Mio.	Die Förderstätte ist im Bau (in Binningen). Die Betriebsaufnahme ist auf Mitte Mai 2007 vorgesehen.
Nr. 6.09	Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsschulen)		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Seit 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Aus diesem Grund werden bis ins Jahr 2008 alle Ausbildungsreglemente überarbeitet. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt gemäss Planungsbericht vom 23. September 2004.		

Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Umsetzen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) Die Umsetzung der neuen Reglemente (neu: Bildungsverordnungen) erfolgt jeweils in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Berufsfachschulen und den betroffenen Verbänden. Generell ist zu beobachten, dass die neuen Bildungsverordnungen mehr Lektionen an der Berufsfachschule und teilweise mehr Tage für überbetriebliche Kurse vorsehen. Im Weiteren wird die Einführung der Attestausbildungen, welche die Anlehren ablösen, Mehrkosten verursachen. Es ist wichtig, dass keine Lehrstellen durch die Vielzahl der Reformprozesse verloren gehen.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.3 Mio.	Die Umsetzung des neuen BBG erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt und den Berufsfachschulen. Im Jahr 2006 wurden in 14 Berufen neue Bildungsverordnungen eingeführt. Die Zahl der Lehrstellen konnte in den zur Umsetzung stehenden Berufen konsolidiert werden. In den Berufen des Detailhandels wurden im zweiten Umsetzungsjahr die Lehrstellen sogar erhöht. Eine kontinuierliche Steigerung der Lehrstellen ist auch bei den Gesundheits- und den Sozialberufen zu beobachten. Weiter investiert werden muss in die Förderung der Attestausbildung.
Nr. 6.09.06	Neupositionierung der DMS 2 Die zweijährige Diplommittelschule (DMS 2) muss neu positioniert werden, weil sich die gesamtschweizerische Bildungssystematik verändert hat. In der neuen Bildungssystematik sind keine zweijährigen Vollschoलाusbildungen auf der Sekundarstufe II mehr vorgesehen, und es gilt zudem der Grundsatz: Kein Abschluss ohne Anschluss. Es muss überlegt werden, durch welches Ausbildungsangebot die jetzige DMS 2 ersetzt werden kann und soll.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Eine Projektgruppe unterbreitet den Vorschlag, die DMS 2 per Sommer 2008 durch ein einjähriges Brückenangebot "Schulisches Brückenangebot Plus modular" zu ersetzen, das weiterhin durch den Kaufmännischen Verein Baselland in Muttenz geführt würde. Dazu braucht es eine Änderung des Bildungsgesetzes.
Nr. 6.10	Tertiäre Bildung (Universität, Fachhochschulen)		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraumes Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung im Bereich Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.		

Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die Fusion der bisherigen Fachhochschulen (FHBB und HPSA-BB) zur Fachhochschule Nordwestschweiz wird umgesetzt. (Einsetzen des Fachhochschulrats FHNW, Umsetzung der im Leistungsauftrag FHNW formulierten politischen Ziele und Entwicklungsschwerpunkte, Klärung des Raumbedarfs im Kanton Basel-Landschaft gemäss Portfolio FHNW.) Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 284 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Leistungsauftrag FHNW LRV 2005/177.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 47.5 Mio. (=Trägerschafts-Beitrag BL)	Die fusionierte FHNW hat am 1. 1. 2006 ihren Betrieb aufgenommen und die für das erste Betriebsjahr vorgesehenen Ziele erreicht. Zusätzlich zu den genannten Umsetzungsmassnahmen konnte ein Gesamtarbeitsvertrag für das Personal der FHNW abgeschlossen werden; er ist von den Regierungen aller vier Trägerkantone genehmigt worden und ist per 1. 1. 2007 in Kraft getreten.
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die Verhandlungen um die Mitträgerschaft werden abgeschlossen. Der Universitätsvertrag unter Einbezug der Lehre und Forschung in klinischer Medizin und der Immobilien wird erneuert. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit, partnerschaftliches Geschäft (folgt).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 89 Mio. indexiert (= Unibeitrag BL)	Der Staatsvertrag mit dem Kanton Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag) ist von den Regierungen im Juni 2006 abgeschlossen und von beiden Kantonsparlamenten im Dezember 2006 genehmigt worden (Landratsvorlage 2006 / 179).
Nr. 6.10.06	Institut für Systembiologie Das Institut für Systembiologie (partnerschaftliches Geschäft) wird aufgebaut, erste Forschungsgruppen werden gebildet, der definitive Standort wird bestimmt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 275 Total: Fr. 10'000'000.- (Konto 2539.360.00) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 500'000.- Budget 2005: Fr. 1'500'000.- Budget 2006: Fr. 3'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 3.0 Mio.	Auf Beschluss der ETH Zürich wird das Institut für Systembiologie ab dem 1. 1. 2007 als selbstständiges Departement für Biosysteme der ETH Zürich geführt und somit strukturell und finanziell verankert. Die ersten Forschungsgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen. Der ETH-Rat hat eine Standort-Evaluation für den definitiven Standort in der Region Basel durchgeführt; der Entscheid ist noch offen.
Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) auf dem Dreispitzareal und der Fachbereiche Pädagogik und Soziale Arbeit in Muttenz Projekt der BUD (Nr. 4.04.02).		Das Planungsprojekt unter der Federführung der BUD wurde an die neue Portfolioverteilung der FHNW angepasst und insbesondere um die Bedürfnisse des Fachbereichs Life Sciences ergänzt.

Nr. 6.10.08	FHNW: Angliederung des Institutes für Spezielle Psychologie und Pädagogik (ISP) an die FHNW Das ISP wird an der FHNW mit einem bikantonalen Leistungsauftrag BL / BS geführt. Die Ausbildungen in schulischer Heilpädagogik und Logopädie sowie Psychomotoriktherapie werden dem Fachbereich Pädagogik der FHNW zugeordnet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (folgt).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.23 Mio.	Die Kantonsparlamente von BL und BS haben der FHNW den bikantonalen Leistungsauftrag für die Jahre 2006 bis 2008 erteilt (Landratsvorlage 2005 / 198, LRB vom 27. 11. 2005).
Nr. 6.10.09	FHNW: Trinationaler Bachelor- und Masterstudiengang Bauingenieurwesen Die Finanzierung des trinationalen Bachelor- und Masterstudiengangs Bauingenieurwesen dient der internationalen Zusammenarbeit am Oberrhein. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 095 Total: Fr. 478'000.- (Konto 2005.367.00 Interreg III, LKA) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 178'000.- Budget 2005: Fr. 100'000.- Budget 2006: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio.	Der Studiengang wurde plangemäss durchgeführt.
Nr. 6.10.10	Universität Basel: Immobilienfonds Gemäss Immobilienvertrag leistet der Kanton Basel-Landschaft einen Beitrag an den Immobilienfonds der Universität Basel.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 7.0 Mio.	Gemäss Planung. Der Immobilienvertrag ist in den neuen Universitätsvertrag integriert worden (siehe Kommentar unter Nr. 6.10.05).
Nr. 6.10.11	Universität Basel: Strategieumsetzung Die Universität Basel setzt die Strategie gemäss Portfoliobericht des Universitätsrates um. Sonderbeitrag. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (folgt).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 5.0 Mio.	Siehe Kommentar unter Nr. 6.10.05.
Nr. 6.11	Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung		↓Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Der quartäre Bildungsbereich wird neben der obligatorischen Schule, der weiterführenden Schule und der tertiären Stufe als gleichberechtigte Stufe im kantonalen Bildungssystem konsolidiert. Die Angebote für Schulleitungen und Schulleitungsteams inklusive deren strategische Leitung durch Schulräte wird weiter entwickelt. Für die Sekundarstufe II werden zusätzliche Weiterbildungen angeboten.	Die Erwachsenenbildung konsolidiert sich zunehmend als Quartärbereich im Kanton. Neben den nachfolgend aufgeführten Projekten wurde die Erwachsenenbildung durch die Mitarbeit an einem Projekt des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) zum Thema Allgemeinbildung im Bereich Validierung unterstützt. Informationspolitik und Sensibilisierung zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen wird aktiv betrieben.	

Nr. 6.11.02	Einzelne Massnahme Konzept Weiterbildung Die im Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft vorgeschlagenen Massnahmen werden umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.25 Mio.	Die Bevölkerung wird mittels der Kampagne "Stark durch Erziehung" zum Thema Elternarbeit sensibilisiert. Die Drehscheibe mit Informationen und Angeboten zur Weiterbildung wurde aktualisiert und wird von der Bevölkerung zunehmend genutzt. Zur Information und Vernetzung zum Thema "Regionale Entwicklung" wurden Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bildung an die Tagung "Region der Zukunft" eingeladen. Transparente Förderstrategien und -kriterien im Bereich Allgemeine Erwachsenenbildung wurden erarbeitet.
Nr. 6.11.03	Führungskurse In Zusammenarbeit mit der Schulleiteraus- und Fortbildung beider Basel und dem Amt für Volksschulen (AVS) werden Modulkurse zu Führungs- und Schulentwicklungsthemen und Organisationsbereichen mit Schwerpunkt Transferunterstützung angeboten.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.04 Mio.	Die Angebote für Schulleitungen wurden weiter entwickelt und vermehrt. Die Einführung für Schulleitungen wurde umstrukturiert und für obligatorisch erklärt. Zusätzliche Angebote für die Sekundarstufe II konnten in Zusammenarbeit mit neuen Kooperationspartnern (Universität, Literaturhaus, FHNW) realisiert werden.

Teil Kultur

Nr. 6.12	Römerstadt Augusta Raurica	↓ Amtsbericht 2006	
	Strategische Zielsetzungen Mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten im Theater wird das wichtigste Monument der Römerstadt nach rund 15 Jahren wieder für die Bevölkerung und Touristen zugänglich gemacht und damit eine Freilichtbühne ersten Ranges.	Die Sanierung ist beinahe abgeschlossen.	
Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Erarbeitung Kantonalen Nutzungsplan Augusta Raurica Umsetzung des Archäologiegesezes, Schaffung einer archäologischen Schutzzone, Definition des Areals des Freilichtmuseums (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung, Koordination mit der Gemeinde Augst).	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Das Archäologiegesez konnte wegen Verzögerungen von Salina Raurica noch nicht raumplanerisch umgesetzt werden. Die Arbeiten am Kantonalen Nutzungsplan Augusta Raurica (RRB 912 vom 31. 5. 2005) wurden infolgedessen noch nicht begonnen.
Nr. 6.12.04	Erneuerung der Ausstellung im Römermuseum Die Erneuerung eines Teils der Dauerausstellung steht an. Gleichzeitig kehrt der Silberschatz von der Sonderausstellung im Badischen Landesmuseum in Karlsruhe zurück und kann definitiv in die neue Ausstellung integriert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Die Erneuerung eines Teils der Ausstellung (neu mit dem kompletten Silberschatz) wird vorbereitet.

Nr. 6.12.06	Vermittlung des römischen Theaters Augst Realisierung der für die Publikumserschliessung notwendigen Infrastrukturen, Informationstafeln, Audioguides und Begleitdokumentationen im Hinblick auf die Eröffnung im Jahre 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Die Vorbereitungen sind im Zeitplan.
Nr. 6.12.07	Aufbau Geografisches Informations-System (GIS) Aufbau und Erweiterung der archäologischen GIS-Datenbank (in Zusammenarbeit mit der GIS-Fachstelle der VSD). Ziel: ein digitaler Kataster der römischen "Grossstadt" für Forschung und Publikum.	Finanzielle Auswirkungen 2006: keine Mehrkosten	Die Arbeiten gehen unter dem neuen GIS-Verantwortlichen für Augst zügig voran; leider mit Ausnahme der GIS-Dokumentation Kaiseraugst (beschränkte Personalressourcen des entsprechenden Teams).
Nr. 6.12.08	Erweiterung Funddepots / Auflösung Einmietungen Beseitigung des Raumnotstandes für die archäologischen Kulturgüter gemäss GPK-Bericht vom 9. Mai 2001. LRV Herbst 2005 (Federführung BUD / Hochbauamt).		Der Museumsneubau bleibt zurückgestellt. Die Depotprobleme sind weiterhin ungelöst.
Nr. 6.12.09	Ersatzinvestition/Auflösung Einmietungen für Arbeitsplätze Beseitigung der unbefriedigenden Arbeitsplatzverhältnisse gemäss GPK-Bericht vom 9. Mai 2001. LRV Herbst 2005 (Federführung BUD / Hochbauamt).		Der Museumsneubau bleibt zurückgestellt. Die Arbeitsplatzprobleme sind weiterhin ungelöst.
Nr. 6.13	Archäologie / Kantonsmuseum		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Erhöhung der Effizienz aller Abläufe zur Kompensierung der knappen Mittel und optimierte externe Kommunikation der vielfältigen Leistungen und Resultate der Hauptabteilung Archäologie und Museum.		Zur Effizienzerhöhung und bestmöglichen Mittelnutzung wurde mit IMDAS (siehe Kommentar unter Nr. 6.13.07) der erste Schritt gemacht, um die nachhaltige Pflege des Kulturgutes, insbesondere der Sammlungen, sicherzustellen.
Nr. 6.13.04	Einzelne Massnahme Sanierung kantonseigener Ruinen An der Burgruine Homburg stehen dringende Sanierungsarbeiten an. Die Richtofferte eines Experten wird erwartet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: ca. 0.5 Mio.	Für die Ruinen Homburg und Pfeffingen konnten in 2006 Notmassnahmen zur Beseitigung der schlimmsten, die Sicherheit der Besuchenden gefährdenden Schäden eingeleitet werden. Eine Vorlage an den Landrat, welche die gesamte Problematik der Ruinen behandelt und die Prioritäten formuliert, ist in Arbeit.

Nr. 6.13.05	Neue Sonderausstellung Im Herbst 2006 wird eine neue grosse Sonderausstellung in Kooperation mit anderen Häusern und kulturellen Institutionen eröffnet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Finanzierung über laufendes Budget	Die neue grosse Sonderausstellung "Voll Fett" wurde im Herbst 2006 wie geplant eröffnet.
Nr. 6.13.07	Einführung einer Datenbank Ein System zur Verwaltung der Sammlungen, zur Dokumentation und Archivierung soll eingeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.09 Mio.	Das Dokumentations- und Archivierungssystem IMDAS wurde im Jahr 2006 in Teilbereichen implementiert. Plangemäss werden die restlichen Umsetzungsschritte im Jahr 2007 vollzogen.
Nr. 6.13.08	Sammlungen des Kantonsmuseums Für eine längerfristige fachgerechte Unterbringung der Sammlungen des Kantonsmuseums in Muttenz und in Frenkendorf wird ein Konzept erarbeitet. Damit soll eine weitere Gefährdung des Sammlungsgutes verhindert werden.		Das Konzept zur zukünftigen Unterbringung der Sammlungen wurde erarbeitet und ist integraler Bestandteil des Projektes "Strategie für ein Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung" des Hochbauamtes.
Nr. 6.14	Kantonsbibliothek		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Die BKSD möchte die neue Kantonsbibliothek als sozialen und kulturellen Treffpunkt in der Öffentlichkeit etablieren und deren Profil als Kulturveranstalter umsetzen.		
Nr. 6.14.03	Einzelne Massnahme Kulturveranstalter Bibliothek Entwicklung und Umsetzung eines Programms als Kulturveranstalter. Bespielen des neuen Hauses.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.015 Mio.	Erste Schritte zur Etablierung als Treffpunkt und zur Profilierung als Kulturveranstalter waren erfolgreich.
Nr. 6.14.04	Leitbild Baselbieter Bibliotheken Das bestehende Leitbild der Baselbieter Bibliotheken läuft im Jahre 2006 aus und muss aktualisiert werden. Einführung des Bibliothekspasses beider Basel.		Das bestehende Leitbild wurde durch die "akzente" ersetzt und von der Regierung am 12. September 2006 verabschiedet.
Nr. 6.15	Kulturförderung		↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Die Arbeiten an einem neuen Kulturfördergesetz werden weiter voran getrieben.		

Nr. 6.15.05	Einzelne Massnahme Kulturpolitisches Verhältnis Kanton - Gemeinden / Partnerschaft BS / BL Das Zusammenspiel zwischen Kanton und Gemeinden soll im Kontext des Teilprojektes 4 Kultur der Partnerschaftsverhandlungen BS / BL evaluiert werden. Die Gemeinden sollen - unter Berücksichtigung des Postulats im Partnerschaftsbericht und auf der Basis der Bestimmungen in der Kantonsverfassung - mittelfristig in die Abgeltung von kulturellen Zentrumsleistungen in Basel einbezogen werden.		Die im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen beauftragte Arbeitsgruppe Kultur hat eine Analyse über die Nutzung der baselstädtischen Kulturinstitutionen durch die Baselbieter Bevölkerung erstellt. Zudem wurden - mit Blick auf eine gemeinsame Trägerschaft für das Theater Basel ab 2010 - erste Grundlagen für einen Finanzierungs- und Verteil-schlüssel zwischen Kanton und Gemeinden erarbeitet. Die Arbeit wird 2007 fortgesetzt.
Nr. 6.15.06	Revision des Kulturförderungsgesetzes aus dem Jahre 1963 Das bestehende Gesetz über die "Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen" (GS 22.440 / SGS 366) soll an die bestehende Kulturförderstruktur angepasst und nach den WoV-Kriterien neu formuliert werden (Motion2003 / 090).		Die Grundlagen für das neue Kultugesetz sind erarbeitet; eine von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eingesetzte Arbeitsgruppe hat eine erste Arbeitsphase abgeschlossen. Die Arbeit wird 2007 fortgesetzt.

Teil Sport

Nr. 6.16	Sport	↓ Amtsbericht 2006
	Strategische Zielsetzungen Bewegung und Sport: Das Konzept definiert die Bewegungs- und Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft und beinhaltet sechs Hauptziele. Infrastruktur: Das Konzept KASAK 2 beinhaltet die Weiterführung der kantonalen Sportanlagenpolitik. Mit dem zur Verfügung stehenden Verpflichtungskredit können die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden. EURO 2008 Basel: Für die Region Basel bietet diese weltweit drittgrösste Sportveranstaltung eine einzigartige Plattform für Standortförderung und Imagewerbung.	

Nr. 6.16.01	Einzelne Massnahme Konzept für Bewegung und Sport Das "Konzept für Bewegung und Sport" mit gezielten Massnahmen für bisher Bewegungsinaktive, übergewichtige Kinder und Jugendliche sowie diversen Aktivitäten im Schulsport, Pilotversuch eines lokalen Bewegungs- und Sportnetzes wird schrittweise umgesetzt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 020 Total: Fr. 1.12 Mio. für die Jahre 2005 - 2008 (Konto 2590.317.90) Budget 2005: Fr. 0.28 Mio. Budget 2006: Fr. 0.28 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.28 Mio.	Die gezielte Umsetzung des Konzeptes für Bewegung und Sport wurde an die Hand genommen. Zahlreiche Projekte, primär in den Bereichen Gesundheit und Bildung, wurden vorbereitet und werden ab Januar 2007 schrittweise lanciert werden. Das Schwergewicht liegt in der Aktivierung der bisher Bewegungsinaktiven, doch auch die bereits Bewegungsaktiven sollen von verschiedenen Projekten profitieren.
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Hauptpriorität im Jahr 2006 hat die Erstellung von diversen Kunstrasenspielfeldern, damit die Fussballklubs möglichst viele Fussball interessierte Kinder und Jugendliche, welche bis jetzt auf einer Warteliste registriert waren, aufnehmen können. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 173 Total: Fr. 12 Mio. für die Jahre 2005 - 2009 (Konto 2590.562.10) Budget 2005: Fr. 2.4 Mio. Budget 2006: Fr. 2.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.4 Mio. (Investitionsbeitrag)	Im Jahr 2006 genehmigte der Regierungsrat Kantonsbeiträge in der Höhe von 2.966 Mio. Franken an zehn Sportanlagenprojekte von kantonaler oder überkommunaler Bedeutung. Wie es der Regierungsrat angekündigt hatte, lag das Schwergewicht auf der Erstellung von Kunstrasenspielfeldern. Die Jahres tranche fiel höher aus als budgetiert, doch im Jahr 2005 waren noch keine Mittel aus dem Verpflichtungskredit beansprucht worden.

Nr. 6.16.07	EURO 2008 Basel Eine bikantonale Projektorganisation ist für die Vorbereitung und Organisation der Bereiche Sicherheit, Verkehr, ÖV / Umwelt und Standortmarketing zuständig. Die im Fachbereich Standortmarketing notwendigen Massnahmen umfassen im Jahr 2006 u. a. den Aufwand für eine proaktive Angebotsgestaltung, die Erarbeitung eines Masterplans für die geografische Ausbreitung des Anlasses, eine Zielgruppen übergreifende Dachkommunikation, touristische Destinationswerbung, eine frühzeitige Vermarktung und eine Sensibilisierung der Bevölkerung der Region. Eine erste Landratsvorlage an das Parlament erfolgt im Sinne eines Projektierungskredites im Sommer 2005 und betrifft lediglich das Projektbudget in der Projektierungsphase 2006. Im Jahr 2006 ist eine zweite Landratsvorlage zu erstellen. Darin werden die gesamten Kosten (inklusive Investitionen) für die Umsetzungsphase in den Jahren 2007 - 2009 dargestellt werden. Vorderhand RRB 2005 / 1001 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Total: Fr. 0.358 Mio. für das Jahr 2006 Budget 2005: Fr. 0.05 Mio. (Lotteriefonds) Budget 2006: Fr. 0.358 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.358 Mio. (ausserhalb Saldo BKSD)	Die Vorbereitungen für die Planung, die Organisation und die Durchführung der EURO 2008 in Basel konnten in der bikantonalen Projektorganisation weiter vorangetrieben werden. Die Erstellung der Parlamentsvorlage mit den Gesamtkosten für die Region Basel nahm mehr Zeit als erwartet in Anspruch. Die Landratsvorlage lag erst Ende 2006 vor. Erfolgreich abgeschlossen werden konnten die Verhandlungen über die Vereinbarung mit der UEFA und der Euro 2008 SA. Die so genannte Host City Charta lag im Dezember 2006 unterschiftsbereit vor. In dieser sind die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den Austragungsorten der EURO 2008, der UEFA und der Euro 2008 SA geregelt.
-------------	---	---	--